Bundes Roma Verband e.V.
Am Leinekanal 4
37073 Göttingen
T: 0551 – 388 7633
mail@bundesromaverband.de
www.bundesromaverband.de

Beitrag des Bundes Roma Verbandes bei der Anhörung der Ausschüsse der Stadt Hannover zum Thema Anti~~zigan~~ismus am 5. Juni 2024
zur Situation der Roma

Vor dem Hintergrund der Empfehlungen der Unabhängigen Kommission Anti~~zigan~~ismus (UKA) und der nationalen Umsetzung der EU-Roma-Strategie sowie unserer langjährigen praktischen Erfahrung, halten wir es für eine Grundvoraussetzung, dass Roma-Selbstorganisationen in alle Angelegenheiten und Prozesse einbezogen werden, die Roma betreffen.

Der Bundes Roma Verband ist der Dachverband der migrantischen und postmigrantischen Roma in Deutschland. Die heterogene Gruppe der post/migrantischen Roma umfasst die seit den 1960er Jahren als Gastarbeiter:innen aus Jugoslawien eingewanderten und die seit Ende der 1980er vor den Balkankriegen geflohenen und aus dem Kosovo vertriebenen Roma. Ebenfalls gehören dazu Menschen, die bis heute aus den Westbalkan- und anderen südost- und osteuropäischen Ländern nach Deutschland vor Diskriminierung, Marginalisierung und rassistisch motivierter Gewalt fliehen und migrieren. Dies bezieht sich auch auf Staaten, die mittlerweile in die EU aufgenommen wurden, darunter Rumänien und Bulgarien. Schließlich gehören zur Gruppe der migrantischen Roma jene, die vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen. Roma-Selbstorganisationen gehen insgesamt von 500.000 bis 1,5 Millionen Menschen aus, die zur Gruppe der post/migrantischen Roma gehören. Ihr Status reicht von Illegalisierung und Duldung über verschiedene Formen von Aufenthalt bis zu Eingebürgerten.

Diskriminierungserfahrungen[1] sind auch in Deutschland umfassend vorhanden und werden vielfach durch prekäre Lebenslagen und fehlende Bleiberechte verstärkt – mit weitreichenden Konsequenzen für die betroffenen Menschen. Die Folgen von Flucht und Vertreibung hat das Roma Center/ Roma Antidiscrimination Network in mehreren Publikationen veröf-

1 Umfassend dazu ist die von der Unabhängigen Kommission Antiziganismus in Auftrag gegebene Studie von Randjelović et al., an der u.a. der Bundes Roma Verband und das Roma Center mitgewirkt haben: Unter Verdacht – Rassismuserfahrungen von Rom:nja und Sinti:zze in Deutschland, Wiesbaden 2022.

fentlicht.[2] Die UKA[3] hat, basierend auf den von ihr beauftragten Studien, in ihrem abschließenden Bericht einen Empfehlungskatalog veröffentlicht, die wichtige Impulse für Verbesserungsmaßnahmen geben.

Der Bundes Roma Verband empfiehlt zudem:

Um für die Folgen für die langjährige Marginalisierung und Diskriminierung ebenso wie die von Flucht und Vertreibung von Roma zu sensibilisieren, Diskriminierung und Stigmatisierung abzubauen und vorzubeugen, empfehlen wir Schulungen für Mitarbeiter:innen von Behörden, Schulen, anderen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Trägern durch Roma-Selbstorganisationen.

Ein zentrales Problem bleibt nach wie vor die Situation der während der Balkankriege geflüchteten Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien und der vertriebenen Roma aus dem Kosovo sowie der nach wie vor aus den „sicheren Herkunftsstaaten" flüchtenden Roma. Der Bundes Roma Verband ist auf Bundesebene mit der Politik über eine Umsetzung des §23 Aufenth. in Gespräch, jedoch müssen auch auf kommunaler Ebene Verbesserungen erfolgen. Von Projekten wie Wege ins Bleiberecht können zwar einige Geduldete profitieren, bei den langjährig geduldeten Roma sind die Erfolge aufgrund komplexer Problemlagen jedoch gering. Hier bedarf es insbesondere besserer Aufklärung der Sachbearbeiter:innen in den Ausländerbehörden und anderer relevanter Stellen und Verbesserungen, was die Ausübung von Handlungsspielräumen im Aufenthaltsgesetz angeht, die aktuell v.a. zu Ungunsten der Antragsteller:innen ausgelegt werden. Hier ist auch insbesondere auch auf eine geschlechtsspezifische Schieflage hinzuweisen (Frauen sind aus Gründen intersektionaler und kumulativer Diskriminierung besonders stark betroffen). Die Folgen sind insbesondere für junge Menschen gravierend. Das Aufwachsen in Duldung, also permanenter Unsicherheit, wirkt sich äußerst negativ auf die Entwicklung von Kindern aus. Gleiches gilt für das permanente Erleben von Marginalisierung und Diskriminierung. Es braucht entsprechend Schulungen/ Fortbildungen für Mitarbeiter:innen von diversen Behörden und weiterer Institutionen, die mit den Menschen zu tun haben.

Nach wie vor werden Roma-Kinder regelmäßig in sogenannte Förderschulen (u.a. für geistige Entwicklung) verwiesen, obwohl keine entsprechenden Behinderungen vorliegen, sondern die Förderbedarfe Folge langjähriger struktureller Ausschlüsse und Diskriminierung sind. Um die Kinder tatsächlich zu fördern und so das Recht auf Bildung angemessen

---

2 Siehe u.a.:
Roma unerwünscht. Eine kurze Geschichte der Flucht und Migrationsabwehr von 1990 bis heute, Göttingen 2024, online unter: https://ran.eu.com/roma-unerwunscht-eine-kurze-geschichte-der-flucht-und-migrationsabwehr-von-1990-bis-heute/.
Geflüchtete Roma aus der Ukraine in Deutschland. Ein Zustandsbericht, Göttingen 2023, online unter: https://ran.eu.com/wp-content/uploads/2023/07/Zustandsbericht.-Ukrainische-Roma-in-Deutschland.pdf.

3 BMI: Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation. Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, Berlin 2021, online unter:
https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/UKA/Bericht_UKA_Perspektivwechsel_Nachholende_Gerechtigkeit_Partizipation.pdf

umzusetzen, empfehlen wir verschiedene Maßnahmen, dazu zählt: allgemein braucht es mehr Kita- und Kindergartenplätze und die Zugänge zu bestehenden Plätzen sollte verbessert werden ebenso der zu Nachhilfe für Kinder und Jugendliche in Grund- und weiterführenden Schulen. Romanes sollte als muttersprachlichen Unterricht an Schulen eingeführt werden, damit auch Roma-Kinder von den Vorteilen, die mit muttersprachlichem Unterricht einher gehen, profitieren können.

Roma-Kinder und Jugendliche sind sehr wenig in Sport- und andere Freizeitaktivitäten eingebunden. Hier sollte durch sinnvolle Programme Abhilfe geschaffen werden, um die Interessen und Fähigkeiten junger Menschen und dadurch auch ihre gesellschaftliche Partizipation und Inklusion zu fördern.

Die aus unserer Sicht wichtigste Fördermaßnahme im schulischen Bereich ist der Einsatz von Mediator:innen aus der Roma-Community, die eine Brückenfunktion zwischen Kindern und ihren Familien auf der einen und den Schulen und ihren Mitarbeiter:innen auf der anderen Seite einnehmen. Das Konzept basiert auf erfolgreichen Modellen, die seit vielen Jahren in (süd-)osteuropäischen Staaten eingesetzt werden. Von dem Modell profitieren alle Seiten, die Kommunikation zwischen den Beteiligten verbessert sich, Schulabsentismus wird verringert und die schulischen Erfolge werden erhöht. Dieses Konzept wird in Deutschland seit langem erfolgreich in Hamburg eingesetzt, darüber hinaus aber nur rudimentär, in Niedersachsen kaum. Das Roma Center hatte im Landkreis Göttingen über einen Zeitraum von 1,5 Jahren einen Schulmediator, der seine Arbeit trotz Erfolgen mangels Finanzierung einstellen musste.

Der Einsatz von Mediator:innen aus der Roma-Community kann auch in anderen Bereichen hilfreich sein, nämlich immer dann, wenn Schwierigkeiten in der Kommunikation und Vermittlung bestehen. Sie fungieren auf sprachlicher und kultureller Ebene als Mittler:innen. Es ist absolut notwendig, dass die Mediator:innen aus der Roma-Community stammen. Vielfach werden Personen in Projekten eingesetzt, die mit Roma arbeiten, weil sie den gleichen sprachlichen Hintergrund haben, die jedoch aus der Mehrheitsbevölkerung des jeweiligen Landes stammen. In vielen (süd-)osteuropäischen Ländern gibt es einen gravierenden Rassismus gegen Roma, der noch sehr viel offener uns selbstverständlicher ist als in Deutschland. Der Umgang mit Roma ist von Paternalismus und Bevormundung geprägt. Diese Fachkräfte bringen ihre Vorurteile mit nach Deutschland und reproduzieren hier Vorurteile und den paternalistischen Umgang. Dies ist von einem Standpunkt der Antidiskriminierung, des Empowerment und der Gleichberechtigung hochproblematisch. Gleiches gilt für den Einsatz von Dolmetscher:innen, die den sprachlichen, jedoch nicht den kulturellen/ ethnischen Hintergrund der Menschen teilen. Dies führt immer wieder zu teils schwerwiegenden Problemen.

Viele Menschen aus der Roma-Community leben seit Jahren oder gar Jahrzehnten in Notunterkünften oder anderen prekären Wohnsituationen. In den oft sehr beengten Wohnverhältnissen können sich Kinder nicht entfalten und haben keinen Platz zum Lernen. Roma aus der Ukraine befinden sich teilweise seit mehr als zwei Jahren in Erstaufnahmezentren

und Lagern, in denen kein normales Leben möglich ist und die Inklusionsmaßnahmen erschweren. Aufgrund von Stigmatisierung finden die Menschen selbständig selten anderweitig Wohnung. Es braucht Unterstützungsmaßnahmen, um Wohnraum zu finden.

Wir halten es für dringend notwendig, die Fehler, die im Umgang mit den geflüchteten Roma aus Jugoslawien gemacht wurden, bei den Roma aus der Ukraine nicht zu wiederholen. Da sie durch die Anwendung des §24 (zumindest derzeit) eine relativ gute rechtliche Basis haben, sollten jetzt integrierende Maßnahmen umzusetzen. Der Bundes Roma Verband hat seit Beginn des Krieges 2022 dazu Stellungnahmen an die Politik gerichtet und war mit verschiedenen Akteur:innen aus der Bundespolitik dazu im Gespräch. Dennoch wird auf kommunaler Ebene wenig umgesetzt. Diverse Probleme bleiben bestehen. Durch die Beratungsstellen[4] für geflüchtete Roma aus der Ukraine kann das Roma Center Geflüchtete direkt unterstützen und Behörden und andere Institutionen beraten. Weitere Maßnahmen müssen jedoch durch die Politik und Verwaltung umgesetzt werden.[5]

Wir erleben es immer wieder, dass Projekte „für“ Roma von Trägern aus der Mehrheitsbevölkerung durchgeführt werden, die jedoch daran scheitern, dass die Community nicht mitmacht, da sie an ihren Bedarfen vorbei gehen. Statt dies jedoch zu erkennen, wird die Schuld für das Scheitern der Projekte bei den Roma selber gesucht, indem sie etwa als nicht integrationsfähig dargestellt werden. Dies hat einen zusätzlich stigmatisierenden Effekt. Dem sollte durch eine enge Zusammenarbeit mit den Roma-Selbstorganisationen bei der Umsetzung von Maßnahmen vorgebeugt werden, um weitere Stigmatisierung zu vermeiden und die Maßnahmen an den tatsächlichen Bedarfen der Menschen zu orientieren und so bessere Erfolge zu erzielen.

Die Zusammenarbeit mit und die Involvierung der Roma-Selbstorganisationen muss sich auch in deren Förderung widerspiegeln. Es braucht dringend einen strukturellen Ausbau der Selbstorganisationen, damit sie ihre Arbeit verstetigen können und die Abhängigkeit von Projektmitteln und kurzfristigen Projekten abnimmt. Für nachhaltige Erfolge braucht es eine stete Finanzierung.

4 Siehe: https://www.roma-center.de/neu-beratungsstellen-fur-gefluchtete-roma-aus-der-ukraine-in-3-bundeslandern/.

5 u.a.: https://www.bundesromaverband.de/der-bundes-roma-verband-fordert-dringend-verbesserungen-zur-situation-gefluechteter-roma-aus-der-ukraine-in-deutschland/.